

MONATSBERICHTE DES ÖSTERREICHISCHEN INSTITUTES FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

XXII. Jahrgang, Nr. 10

Oktober 1949

Inhalt

Hohe Produktion und Beschäftigung, Preisauftriebstendenzen, starker Rückgang des Außenhandels — Unsicherheit in der Frage des Wechselkurses

Zur Anpassung des Schillingkurses an die internationalen Währungsabwertungen

Der Weg einer sofortigen Korrektur des offiziellen Wechselkurses — Die Konzeption einer schrittweisen Anpassung des Schillingkurses — Die Notwendigkeit einer klaren wirtschaftspolitischen Entscheidung

Voraussichtliche Auswirkungen einer Änderung des offiziellen Schillingkurses auf die Lebenshaltungskosten

Die Verteuerung der Importe — Fortwälzung der Importverteuerung auf die Lebenshaltungskosten — Ergebnis

Die wirtschaftliche Lage in Österreich

Währung, Geld- und Kapitalmarkt; Zur Entwicklung des Kreditvolumens im 2. Quartal 1949; Verbesserte Neuberechnung des Aktienkursindex — Preise, Lebenshaltungskosten, Löhne — Ernährung — Land- und Forstwirtschaft — Energiewirtschaft — Gewerbliche Produktion — Umsätze — Arbeitslage — Verkehr — Außenhandel; Bereinigung des Index der österreichischen Ausfuhr von Saisonschwankungen

Zur Entwicklung des Kino- und Theaterbesuches in Wien

Die ökonomischen Hintergründe der „Theaterkrise“

Kinobesuch — Theaterbesuch — Die finanzielle Lage der Theater

Österreichische Wirtschaftszahlen (Genauere Inhaltsangabe auf der 3. Umschlagseite)

Hohe Produktion und Beschäftigung, Preisauftriebstendenzen, starker Rückgang des Außenhandels Unsicherheit in der Frage des Wechselkurses

Nach verhältnismäßig ruhiger Entwicklung in den vergangenen Monaten befindet sich die österreichische Wirtschaft wieder mitten in akuten Schwierigkeiten. Wohl haben Produktion und Beschäftigung einen hohen Stand gehalten. Aber der Außenhandel ist abermals stark zurückgegangen und erreichte im August — also noch vor den internationalen Währungsabwertungen — den niedrigsten Stand seit November v. J. Dazu kommt, daß die Wirtschaftspolitik infolge der Wahlen und der langen Parteienverhandlungen über die Bildung der neuen Regierung gerade in einem Augenblick, in dem es auf rasche und zielsichere Entscheidungen ankam, aktionsunfähig war. Die österreichische Regierung hat zwar unmittelbar nach der Pfundabwertung vom 18. September 1949 ihre Absicht erklärt, an dem bisherigen Kurs von 10 Schilling = 1 Dollar festzuhalten. Da sie es aber unterließ, der Öffentlichkeit ihre Entscheidung an Hand eines wohlgedachten wirtschaftspolitischen Konzeptes verständlich zu machen und die zur Durchsetzung ihrer Absichten erforderlichen Maßnahmen zu treffen, ist das Wirtschaftsleben derzeit von Unsicherheit und Mißtrauen erfüllt, was sich in Angstkäufen,

spekulativen Preiserhöhungen, Sachwerthortungen und — vor allem auf dem Gebiete des Außenhandels — in einer vorsichtigen Zurückhaltung auswirkt.

Die Preissteigerungen waren besonders auf den reagiblen Märkten fühlbar. Der Goldpreis stieg von Mitte September bis Mitte Oktober um 35%, die „schwarzen“ Devisenkurse (von Ende August bis Ende September) durchschnittlich um 17%. Die Industrieaktien erzielten Kursgewinne von durchschnittlich 8%. Der Lebenshaltungskostenindex, der in den beiden vorangegangenen Monaten leicht zurückgegangen war, stieg im Oktober um 1.1% auf 496.9 (April 1945 = 100).

Die Einzelhandelsumsätze sind im September insgesamt um 18% gestiegen, die Umsätze in den Warenhäusern sogar um 37%. Zahlreiche Konsumenten scheinen aus Angst vor Preissteigerungen — ähnlich wie im Herbst vorigen Jahres — einen Teil ihrer Weihnachtseinkäufe vorverlegt zu haben.

Ganz allgemein besteht der Eindruck, daß viele Unternehmer gegenwärtig die verstärkte Kauflust zur Durchsetzung bisher unterlassener Preisanpassungen ausnützen. Realistischerweise muß mit diesen Bestrebungen so lange gerechnet werden, als die bis-

her bewirtschafteten und preisgeregelten Güter noch nicht ihren „natürlichen“ Marktpreis erreicht haben. Diese der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation immanenten Preisauftriebendenzen werden sich mit der Aufhebung des Rohstofflenkungsgesetzes — auch wenn man für einzelne Schlüsselprodukte noch weiterhin Höchstpreise festzulegen versuchen wird — noch verstärken, wenn es nicht gelingt, das *Prinzip der Konkurrenz wirksam zu machen*, d. h. das ganze Wirtschaften auf eine breitere wettbewerbswirtschaftliche Basis zu stellen und damit den der Marktwirtschaft innewohnenden Zwang zu echten Leistungen zu verstärken. Es besteht daher — im Zusammenhang mit der auf diese oder jene Art durchzuführenden Änderung des Wechselkurses — die ernste Gefahr einer abermaligen Störung der mit großen Opfern erkaufte Preis-Lohn-Stabilität.

Die wirksamsten Gegengewichte gegen die unleugbaren Preisauftriebendenzen bilden neben der befriedigenden Entwicklung der gewerblichen und der landwirtschaftlichen Produktion der *Rückgang des Notenumlaufes*, der vor allem der *vorsichtigen Freigabepolitik der ECA* zu danken ist; im September ist der Notenumlauf abermals um 140 Mill. S zurückgegangen und war zum Monatsende mit 5.817 Mill. S nur um 182 Mill. S höher als zu Beginn des Jahres. (In den ersten drei Quartalen 1948 hatte sich der Geldumlauf um rund 1.692 Mill. S erhöht.) Das Kreditvolumen der Banken erhöhte sich im zweiten Quartal 1949 — zufolge der allmählichen Erschöpfung ihrer liquiden Reserven — nur noch um 562 Mill. S, gegen 709 Mill. S im ersten Quartal. (Die Kreditexpansion betrug allerdings im ersten Halbjahr 1949 fast 1.300 Mill. S, gegen nur rund 900 Mill. S im ersten Halbjahr 1948.) Als Gegenwert für die im Rahmen des ERP gelieferten Güter wurden von Jänner bis Ende September 1949 ungefähr 2 Mrd. S auf das Erlöskonto eingezahlt (bis Jahresende dürfte es sich auf 2,7 Mrd. S erhöhen). Da die ECA-Mission in Österreich bisher — einschließlich der am 19. Oktober freigegebenen 388 Mill. S — nur 1,1 Mrd. S freigab, konnte die Kreditexpansion der Banken kompensiert und der Geldumlauf stabil gehalten werden.

Die *gewerbliche Produktion* hielt sich auch im August ungefähr auf der Höhe der Vormonate. Der Index der industriellen Produktion erreichte 125,9 (1937 = 100), gegen 126,7 im Juli. Stahl wurde sogar um 13 %, Walzwaren um 14 % mehr produziert als im Juli. Die exportorientierte Magnesitindustrie erreichte (im September) einen neuen Höhepunkt. Nur einzelne Konsumgüterindustrien verzeichneten leichte Rückgänge. Auch die *Energie-*

versorgung ist vorläufig noch befriedigend. Die Mitte Oktober eingeführte Schaltstufe III sichert der Industrie noch immer die vorgesehene Höchstmenge. Die *Zahl der Beschäftigten* war im September mit rund 1,964.400 Arbeitskräften höher als in irgendeinem Zeitpunkte nach 1945 oder vor 1938. (Die Zahl der Beschäftigten stieg im September trotz saisonbedingter Beschäftigungsabnahme in der Landwirtschaft um fast 10.000 Personen.) Gleichzeitig ging die *Zahl der Stellensuchenden* um 1.107 zurück und erreichte Ende September mit 72.315 Personen den tiefsten Stand seit Jahresbeginn. (Die Zahl der „unterstützten“ Arbeitslosen betrug Ende September 42.250.)

Dank dem schönen Wetter konnte in der *Landwirtschaft der Herbstanbau* trotz Arbeitskräftemangel klaglos durchgeführt werden. Nach einer vorläufigen Schätzung des Österreichischen Statistischen Zentralamtes betrug die Brotgetreideernte im Jahre 1949 rund 720.000 t, das sind um 29 % mehr als im Vorjahr, aber noch immer um 20 % weniger als im Durchschnitt der Jahre 1926 bis 1935. Der Rückstand gegenüber der Vorkriegszeit ist ausschließlich auf die Verminderung der Anbauflächen zurückzuführen.

Eine Hauptsorge der österreichischen Wirtschaftspolitik bildet der seit Mai d. J. anhaltende *Rückgang der Ausfuhr*. Die Ausfuhrziffer vom August (220,8 Mill. S) ist die niedrigste seit November v. J. Hohe Produktionsleistungen, überdurchschnittliche Ernten und eine allmähliche Sättigung des Nachholbedarfes haben in verschiedenen Ländern Europas, wie z. B. in der Schweiz und in Italien, zu einer fühlbaren Abschwächung der Konjunktur geführt. Das europäische Holzdefizit, das in den vergangenen Jahren allen Holzexporteuren eine große Chance bot, ist nach einem Berichte der ECE erheblich kleiner geworden. Ebenso klingt die Sonderkonjunktur für Roheisen, von der Österreich profitierte, bereits stark ab. Der Export von Holzhäusern ist katastrophal zurückgegangen, seitdem auch stabilere Bauten wieder prompt geliefert werden. Durch die internationalen Währungsabwertungen wurde besonders die österreichische Papierindustrie schwer getroffen, die sich in England und in den Sterlingblockländern schon bisher der überlegenen Konkurrenz der nordischen Staaten gegenüber sah.

Andererseits eröffnen sich für den österreichischen Außenhandel auch wieder *günstige Aspekte*. Nach dem Südosten konnten in den vergangenen Monaten in größerem Umfange Maschinen und Fahrzeuge geliefert werden. Mit Ungarn wurde eine Erweiterung des Verrechnungsrahmens und der

Kontingentlisten vereinbart, mit Israel und Südamerika wurden aussichtsreiche Verhandlungen geführt. Der neue Handelsvertrag mit der deutschen Tri-Zone, der eine weitgehend freie Ausfuhr vorsieht, schlägt in das System der Diskriminierung von „non-essentials-goods“ — das sich vor allem für die exportorientierte österreichische Geschmackindustrie, für die Strick- und Wirkwarenherzeugung, Seiden- und Lederwarenindustrie, Textilveredlung usw. sehr böse auswirkt — eine wichtige Bresche.

Der wachsende Güterstrom, die Rektifizierung der internationalen Wechselkurse und der trotz allen Schwierigkeiten fortschreitende Abbau der Handelshemmnisse — England, Frankreich, Italien und Belgien haben kürzlich die Quotenbeschränkungen für wichtige Waren abgeschafft — bringen auch im internationalen Handel den Leistungswettbewerb wieder stärker zur Geltung. Die Steigerung der österreichischen Ausfuhr hängt daher nicht nur von einer Verbesserung seiner Außenhandelsmethoden, sondern vor allem auch von einer echten Leistungssteigerung der Exportwirtschaft ab.

Der Tiefstand der österreichischen Warenausfuhr und die augenblickliche Labilität der Preise sind nur Symptome tieferliegender Schwierigkeiten. Aber sie beleuchten hell die schwierige Problematik, in der sich die österreichische Wirtschaft noch immer befindet. Die letzten Preis-Lohn-Abkommen haben nur akute Notstände beseitigt, die eigentlichen Grundprobleme und Lebensfragen der österreichischen Wirtschaft — die Schaffung einer die Lebensfähigkeit Österreichs sichernden Wirtschaftsstruktur und Wettbewerbsordnung sowie die Verbesserung der Produktivität der Wirtschaft — haben sie nicht nur unberücksichtigt gelassen,

sondern vielfach sogar — wie durch die Sanktionierung fiktiver Preis-Lohn-Relationen und durch das stereotype Anziehen der Steuerschraube — ihre Lösung erschwert. Die Fülle der ungelösten Probleme und die nur noch relativ kurze Zeit zur Verfügung stehende Marshall-Plan-Hilfe verlangen von der neuen Regierung rasche und gründliche Maßnahmen.

Zur Anpassung des Schillingkurses an die internationalen Währungsabwertungen

Bei der Beurteilung der gegenwärtigen Außenhandels- und Wechselkursschwierigkeiten ist es zweckmäßig, das eigentliche *Hauptproblem* — die grundlegende Änderung des heutigen, aus vielen Gründen unbefriedigenden Außenhandelssystems¹⁾ — und die im Augenblick brennend aktuellen, in größerem Zusammenhang aber doch nur eine *Detailfrage* bildenden Rückwirkungen der jüngsten internationalen Währungsabwertungen auf den österreichischen Schillingkurs auseinanderzuhalten.

Die kritische Lage des österreichischen Außenhandels ist bereits seit längerem Gegenstand eingehender wirtschaftspolitischer Studien. Alle zuständigen Kreise sind einhellig der Auffassung, daß das gegenwärtige System differenzierter Wechselkurse und individualisierender Außenhandelsregelungen ehestmöglich durch eine freiere Gestaltung des Außenhandels abgelöst werden müsse²⁾. Als erstrebenswertes Ziel schwebt dabei ein „echter“ Wechselkurs vor, d. h. ein einheitlicher Kurs, der für sämtliche Importe und Exporte gleichermaßen gilt und ohne quantitative Außenhandelsbeschränkungen den Ausgleich der Zahlungsbilanz sichert. Da dieses Ziel angesichts der dabei zu überwindenden mannigfachen Umstellungs- und Anpassungsschwierigkeiten nicht mit einem Schlage erreicht werden kann, ist beabsichtigt, neben dem zwangsgeregelten einen zweiten, relativ freien Devisenmarkt einzurichten, auf dem — mit Ausnahme eines an die Nationalbank zum offiziellen Kurs abzuliefernden Teiles — die gesamten Devisenerlöse (aus Exportgeschäften, Fremdenverkehr, Transit, finanziellen Transaktionen usw.) angeboten werden. Auf diese Weise würde es möglich sein, schrittweise an einen echten, den tatsächlichen Kaufkraftparitäten entsprechenden Kurs heranzukommen. Zum offiziellen

Entwicklung der Ausfuhr wichtiger Exportgüter
von Mai bis August 1949

Bezeichnung	1949 mengenmäßig			1949 wertmäßig		
	VI.	VII.	VIII.	VI.	VII.	VIII.
Ausfuhr insgesamt . . .	103.4	78.6	68.6	99.2	87.7	75.8
Papierzeug	96.3	70.7	68.7	116.3	82.1	75.6
Holz	133.3	82.8	82.4	139.3	85.5	84.2
Roheisen, Alteisen . . .	117.6	83.8	48.8	108.1	76.3	50.9
Baumwollgarne	32.1	52.4	13.3	37.2	48.2	27.2
Baumwollwaren	114.6	107.6	91.1	123.8	117.2	97.3
Seidengespinste	7.7	53.8	53.3	16.8	51.5	37.8
Seidenwaren	69.2	125.8	76.2	79.0	138.9	82.2
Lederwaren (o. Schuhe)	53.8	65.4	61.5	73.2	91.4	81.6
Papier	112.2	86.8	69.7	120.4	96.9	69.5
Papierwaren	146.6	174.6	122.8	58.4	84.0	45.9
Eisenwaren	88.0	91.2	74.6	75.0	81.6	71.6
Elektr. Maschinen . . .	53.3	56.5	33.1	62.5	100.0	69.4
And. Masch. u. Apparate	70.6	156.9	107.9	56.9	83.1	53.0
Kraftfahrz. u. Motoren	112.0	191.3	141.7	109.1	159.8	125.4
Andere Fahrzeuge . . .	114.8	86.3	91.5	113.4	86.2	93.8

¹⁾ Das gegenwärtige Außenhandelssystem ist zumindest zum Teil selbst wieder nur ein Symptom tiefer wurzelnder Probleme der österreichischen Nachkriegswirtschaft, ihrer rückständigen Produktivität und ihrer Wettbewerbschwäche. Diese vor allem begründeten das unbefriedigende Lenkungssystem im Außenhandel.

²⁾ Siehe Nr. 8 (S. 302 f.) und Nr. 9 (S. 348 f.) der Monatsberichte.

niedrigeren Kurs würden Devisen nur noch für bestimmte lebensnotwendige Importe zur Verfügung gestellt werden, wobei beabsichtigt ist, den Kreis dieser Waren — und korrespondierend den an die Nationalbank abzuliefernden Teil der Devisenerlöse — immer mehr einzuengen, bis schließlich der gesamte Außenhandel nur noch zum einheitlichen Kurs des zweiten Marktes abgewickelt würde. In diesem Stadium würde dann der „freie“ Kurs ohne Rückwirkungen als „offizieller“ Kurs sanktioniert werden können.

Diese Konzeption wurde durch die internationalen Währungsabwertungen gestört. Für Österreich besteht zwar keineswegs die gleiche zwingende Notwendigkeit einer unmittelbaren Kursanpassung wie für andere Staaten mit einem mehr oder minder einheitlichen Wechselkurs, da sich ein beträchtlicher Teil des Außenhandels in Geschäftsformen (Kompensationsgeschäfte und zum Teil auch Clearinggeschäfte) abwickelt, die von den offiziellen Kursparitäten weitgehend unabhängig sind. Die Währungsabwertungen haben jedoch im Bereich der Devisengeschäfte (und zum Teil auch der Clearinggeschäfte) die internationalen Konkurrenzbedingungen zu ungunsten Österreichs verschoben, so daß bei unveränderter Beibehaltung der gegenwärtigen Außenhandelspreise ein fühlbarer Exportrückgang befürchtet werden muß. Die Wirtschaftspolitik kann daher ihr Augenmerk nicht nur der Installierung des zweiten Devisenmarktes zuwenden, sondern muß *unverzüglich* auch der durch die internationale Abwertungswelle geschaffenen neuen Lage Rechnung tragen.

Zur Wiederherstellung der gleichen Konkurrenzverhältnisse, wie sie vor der Pfundabwertung bestanden haben, stehen der Wirtschaftspolitik *zwei Wege* offen: eine Korrektur des offiziellen Kurses im ungefähren Ausmaß der Pfundabwertung oder aber eine indirekte Kursanpassung mit Hilfe von Export- und Importprämien.

Der Weg einer sofortigen Korrektur des offiziellen Wechselkurses

Für eine *sofortige Änderung* des offiziellen Schillingkurses wird vor allem ins Treffen geführt, daß es für Österreich abwegig, ja geradezu grotesk sei, an der bisherigen Dollarparität (1 : 10) festzuhalten, während mehr als 30 Länder, darunter ungleich größere und wirtschaftsmächtigere Staaten, wie Großbritannien und seine Dominien, Frankreich, Italien und sogar Länder mit „harten“ Währungen, wie Belgien, ihre Währungen abgewertet haben. Das kleine und schwache Österreich mache sich in der Weltöffentlichkeit lächerlich, wenn es

sich mit seinem weit überwerteten Wechselkurs an die Seite der Vereinigten Staaten von Amerika und der Schweiz stelle. Österreich habe gar keine andere Wahl als unverzüglich den Abwertungsländern zu folgen. Im übrigen sei die Befürchtung, eine Abwertung des Schillings werde ungünstige psychologische Reaktionen auslösen, bereits überholt, da diese praktisch schon antizipiert worden seien. Im Gegenteil, eine Klärung der Situation werde der ausländischen und inländischen Spekulation gegen den Schilling den Wind aus den Segeln nehmen, die bestehende Unsicherheit und Unberechenbarkeit des Kommenden beseitigen, verlässlichere Kalkulations- und Planungsgrundlagen schaffen und die Preissteigerungen auf das real gerechtfertigte Ausmaß zurückführen. Praktisch werden — wie Berechnungen unter verschiedenen Annahmen ergaben — die Auswirkungen auf die Lebenshaltungskosten minimal sein¹⁾, da ein großer Teil der die Lebenshaltungskosten beeinflussenden Importe (die Kompensationsgeschäfte und der größte Teil der Clearingabschlüsse) von der Abwertung nicht berührt werden und weil die im Rahmen des ERP eingeführten Lebensmittel (und allenfalls auch Hausbrandkohle) weiterhin zu alten Inlandspreisen abgegeben werden können.

Die Konzeption einer allmählichen Anpassung des Schillingkurses

Die Verfechter der allmählichen Anpassung des Schillingkurses verkennen nicht die Notwendigkeit einer Anpassung des Schillingkurses an die neuen internationalen Wechselkursrelationen. Sie plädieren jedoch für ein *dosiertes und tempiertes Vorgehen* Schritt für Schritt, in der Befürchtung, daß eine abrupte Abwertung angesichts der Labilität des österreichischen Preis-Lohn-Gefüges für die Gesamtwirtschaft folgenschwere Rückwirkungen haben könnte.

Es mag zutreffen, daß sich *rein rechnungsmäßig* die direkten (und vielleicht auch die indirekten) Auswirkungen der beabsichtigten Schillingabwertung auf den Lebenshaltungskostenindex nur auf wenige Prozente belaufen¹⁾. Vermutlich würde diese erwartete Wirkung auch in einer durch Bewirtschaftung und Preiskontrolle straff gelenkten Wirtschaft eintreten. Die österreichische Wirtschaft habe sich jedoch bereits weitgehend aus der Bewirtschaftung gelöst — das Rohstofflenkungs- und das Preisregelungsgesetz laufen Ende 1949 ab und die noch bleibenden Preiskontrollen werden im Meere freier

¹⁾ Das Institut berechnete unter bestimmten Annahmen die voraussichtlichen Rückwirkungen einer Abwertung des Schillings auf die Lebenshaltungskosten. (Siehe S. 394 ff.)

Preise unvermeidlich nur noch wenig effektiv sein — und unterliegt wieder grundsätzlich den Gesetzen des Marktes. Da die mit dieser Entwicklung einhergehenden „Preis Anpassungen“ noch keineswegs abgeschlossen seien — wichtige Schlüsselpreise, die in den vergangenen Jahren aus gesamtwirtschaftlichen Gründen künstlich tief gehalten wurden, drängen nach oben —, bestehe die Gefahr, daß von einer abrupten Wechselkursänderung Hausse-Spekulationen ausgehen und die mehr oder minder latenten Preisaufrichtungstendenzen kumulativ verstärken. Selbst wenn eine dadurch entstehende Teuerungswelle mangels realer Begründung und dank einer vorsichtigen Geld- und Kreditpolitik nur verhältnismäßig kurzfristig anhielte, wäre es voraussichtlich doch unmöglich, in der kritischen Zeit Löhne und Gehälter stabil zu halten, wobei damit gerechnet werden müsse, daß sich gegebenenfalls die Gewerkschaften nicht mit einer kleinen Entschädigung für die *letzten* Preiserhöhungen begnügen, sondern vielmehr — unter Berufung auf die günstige Produktionsentwicklung — versuchen werden, den seit dem letzten Preis-Lohn-Abkommen theoretisch (indexmäßig) größer gewordenen Abstand zwischen Löhnen und Lebenshaltungskosten wenigstens teilweise aufzuholen. Ein viertes Preis-Lohn-Abkommen jedoch, das den Forderungen der Arbeiter auch nur halbwegs Rechnung trüge, würde nicht nur abermals das Budget über den Haufen werfen und den Effekt der Währungsabwertung illusorisch machen, sondern auch allen Bemühungen um eine Steigerung der Produktivität einen schweren Stoß versetzen.

Diese bei einer schlagartigen und schematischen Änderung des offiziellen Wechselkurses befürchteten Rückwirkungen sollen *mit Hilfe eines Devisen-Prämien-systems* vermieden oder doch stark abgeschwächt werden. Durch eine — technisch verhältnismäßig leicht zu bewerkstellende — Modifizierung des heutigen Außenhandelssystems sollen — ohne am offiziellen Wechselkurs zu rütteln — alle Exporteure für ihre Devisenerlöse Prämienzuschläge erhalten und damit ebenso gestellt werden, als ob der Schilling (im beabsichtigten Ausmaße) abgewertet worden wäre. Auf der Importseite dagegen sollen verschiedene Güter, deren Preise das Inlandspreisniveau, insbesondere die Lebenshaltungskosten, relativ stark beeinflussen, nicht sofort, sondern in planmäßig festgelegten Etappen in das Prämien-system einbezogen werden. Sobald für sämtliche Importgüter Prämienzuschläge zu entrichten sein werden, werde der gleiche Effekt erreicht sein wie bei einer direkten Abwertung, ohne daß es aber notwendig wäre,

den dann zwar allgemeingültigen, aber für den gesamten Außenhandel doch wieder nur fiktiven Kurs als „offiziellen“ Kurs zu proklamieren. Der den wirklichen Verhältnissen entsprechende, „echte“ Kurs soll und kann sich ja nur auf dem zweiten „freien“ Devisenmarkt — dessen Einrichtung bereits begonnen werden sollte — einspielen. Als ein Glied der europäischen Völkergemeinschaft und als ein Land, das an einer Intensivierung und Liberalisierung des Welthandels in höchstem Maße interessiert ist, müsse Österreich zielbewußt auf diesen „echten“ Wechselkurs zusteuern. Es müsse aber auch trachten, dieses Ziel ehestmöglich zu erreichen, damit noch genügend Zeit bleibt, die im Jahre 1952 zu Ende gehende Marshallplan-Hilfe wirklich optimal, d. h. vor allem zur Förderung seiner Exportwirtschaft zu verwenden.

In diesem größeren Konzepte erschiene es nicht zweckmäßig, gegenwärtig — ohne zwingende Gründe — den Wechselkurs des Schillings offiziell zu ändern und auf einem Niveau festzulegen, das doch wieder nur fiktiv und provisorisch wäre. Verschiedene Überlegungen — nicht zuletzt die Erwartung sinkender Weltmarktpreise für Nahrungsmittel — sprechen dafür, daß es im Laufe des kommenden Jahres, zu einer Zeit, in der das „Prämien-system“ sicher schon allgemeingültig (und daher nur noch eine Formsache) geworden ist, zweckmäßig und möglich sein wird, den auf dem zweiten Devisenmarkt ermittelten realistischen Schillingkurs als „offiziell“ zu erklären. Mag dieser Kurs dann auch noch einige Zeit — bis Österreich seinen Zahlungsbilanzausgleich gefunden hat — durch eine mehr oder minder lockere Devisenkontrolle unterstützt werden müssen¹⁾, so wird der Kurswert des Schillings dann den österreichischen internationalen Kaufkraftparitäten annähernd entsprechen und damit einen relativ freizügigeren Außenhandel ermöglichen.

Die Notwendigkeit einer klaren wirtschaftspolitischen Entscheidung

Wie bereits im letzten Monatsbericht des Institutes (Heft 9, September 1949) und in der vorliegenden Darstellung näher ausgeführt wurde, spricht manches dafür, daß für die österreichische Wirtschaft keineswegs die Notwendigkeit zu einer sofortigen Änderung des offiziellen Wechselkurses besteht. Verschiedene Überlegungen mögen sogar stärker — wie im zweiten Konzepte gezeigt wurde — für eine organische, allmähliche Lösung des Problemes sprechen.

¹⁾ Auch vor 1938, als der österreichische Schilling hohes Ansehen genoß („Alpendollar“), bestand eine „Devisenbewirtschaftung“, wenn auch nur noch zur Verhinderung der Kapitalflucht.

Die Möglichkeit der Wahl zwischen zwei Wegen enthebt jedoch die österreichische Wirtschaftspolitik nicht der Notwendigkeit, sich *so rasch als möglich* für eine der beiden Lösungen *klar zu entscheiden*. Die gerade in Währungsfragen äußerst skeptische Öffentlichkeit in Österreich begnügt sich nicht mit bloßen Erklärungen, sondern hält sich vor allem an die *praktischen Maßnahmen*, die unzweideutig erkennen lassen, welche Wirtschaftspolitik wirklich beabsichtigt ist. (Der Erklärung der Regierung, an der bisherigen Schilling-Dollar-Parität festhalten zu wollen, hätte u. a. eine sofortige Modifizierung der Belassungsquoten und Agios folgen müssen.) Ebenso wird der ausländische Kunde mit seinen Ordres solange zuwarten, bis wieder Klarheit besteht.

Wie immer die Entscheidung der Regierung in der Frage der Wechselkursänderung auch ausfallen mag, in jedem Falle hängt der Erfolg davon ab, daß übermäßige spekulative Auftriebendenzen vermieden werden. In diesem Zusammenhang erscheint es besonders wichtig, die Öffentlichkeit darüber aufzuklären, daß eine *Änderung des offiziellen Wechsel-*

kurses aus einer Reihe von Gründen *keinesfalls eine allgemeine Preissteigerung rechtfertigt*. Selbst wenn die Erhöhung der Importpreise von den Konsumenten voll getragen werden müßte, braucht der Lebenshaltungskostenindex nach Berechnungen des Institutes nur um 3% zu steigen (siehe S. 396). Da vielfach von der Ausgangsproduktion bis zum Detailhandel noch relativ große Gewinnmargen bestehen, ist es grundsätzlich nicht unmöglich, daß die Importpreiserhöhungen ohne Weiterwälzung getragen werden. Durch eine überzeugende und eindringliche Aufklärung sowohl der Produzenten und Händler als auch der Konsumenten, gegebenenfalls auch durch geeignete wirtschaftspolitische Maßnahmen in dem noch kontrollierten Sektor der Wirtschaft, sollten alle Bemühungen der Wirtschaftspolitik darauf gerichtet sein, den gegenwärtigen Preisauftrieb einzudämmen und — voraussichtlich doch nur vorübergehende — Preissteigerungen in so engen Grenzen zu halten, daß die Stabilität des gegenwärtigen Preis-Lohn-Gefüges gewahrt und die Gefahr eines vierten Preis-Lohn-Abkommens vermieden wird.

Voraussichtliche Auswirkungen einer Änderung des offiziellen Schillingkurses auf die Lebenshaltungskosten

Der exportsteigernde Effekt einer Änderung des Schillingkurses hängt außer von der Preiselastizität der ausländischen Nachfrage in erster Linie von der Reaktion des inländischen Preis- und Lohnniveaus ab. Wird durch die Verteuerung der Importe eine allgemeine Preis- und Lohnsteigerung im Ausmaß der effektiven Abwertung¹⁾ ausgelöst, so geht der durch die Kursanpassung erzielte Preisvorsprung gegenüber dem Ausland wieder verloren und die Abwertung erreicht nicht das angestrebte Ziel. Die Wirtschaftspolitik braucht daher, ehe sie sich zu einer Kursänderung entschließt, möglichst zuverlässige Anhaltspunkte über die zu erwartenden Preisreaktionen im Inland. Vor allem müssen die voraussichtlichen Wirkungen auf die Lebenshaltungskosten beachtet werden, da jede stärkere Verteuerung Lohnbewegungen und damit neue, lohninduzierte Preissteigerungen auslösen würde.

Die Auswirkungen einer Kursänderung auf die Lebenshaltungskosten sind allerdings in einer Marktwirtschaft mit freier oder zumindest weitgehend freier Preisbildung nie exakt voraus berechenbar. Jede Berechnung muß sich daher unvermeidlich auf *verschiedene Annahmen* stützen, die mehr oder weniger von den tatsächlichen Verhältnissen abweichen können. Realistische Annahmen vorausgesetzt, ist es jedoch immerhin möglich, die wahrscheinliche Verteuerung der Lebenshaltungskosten zumindest größenordnungsmäßig vor auszuschätzen.

Im folgenden wird untersucht, wie sich eine Änderung des offiziellen Dollarkurses von 1 : 10 auf 1 : 14,4 auf die Lebenshaltungskosten auswirkt. Die Ergebnisse wurden in zwei aufeinanderfolgenden Arbeitsgängen gewonnen: zunächst wird die durchschnittliche Verteuerung der Importpreise festgestellt und anschließend die Fortwälzung der erhöhten Importpreise auf die Lebenshaltungskosten abgeschätzt.

¹⁾ Die effektive Abwertung entspricht der Differenz zwischen dem alten effektiven Kurs (Durchschnitt aus offiziellem Kurs und Agiokurs) und dem neuen effektiven Kurs.